

Blick- punkt

Nr. 9 | Dezember 2022

iparl
Institut für
Parlamentarismus-
forschung

Kein Anzeichen von Niedergang. Die personelle Erneuerung der Parteien bei der Kandidatenaufstellung für Bundestags- und Landtagswahlen

Daniel Hellmann / Danny Schindler

Im Rahmen des neuen IParl-Forschungsprojekts CandiData wird das von den Parteien für Parlamentswahlen in Deutschland aufgestellte Kandidatenangebot im Längsschnitt untersucht. Dafür wurden bislang alle bei Landtags-, Bundestags- und Europawahlen seit 2013 nominierten Personen erfasst. In diesem Blickpunkt stellen wir das Projekt vor und gehen in einem ersten Schritt der Frage nach, wie hoch die Erneuerungsrate der Parteien, verstanden als der Neulingsanteil unter allen Kandidaten, ausfällt. Als Neulinge werden dabei Personen aufgefasst, die sich vorher noch zu keiner Wahl gestellt haben – egal ob im Wahlkreis oder auf der Parteiliste und unabhängig von der Kandidaturebene (Land, Bund, Europa). Es zeigt sich, dass etwa sechs von zehn Nominierten zum allerersten Mal angetreten sind. Ein Anzeichen für den oft behaupteten Niedergang der Parteien ist das nicht. Offensichtlich besteht für den betrachteten Zeitraum auch kein Abwärtstrend.

Das Wichtigste in Kürze:

1. Die Rekrutierung des politischen Personals für Wahlen ist eine Kernfunktion der Parteien. Im Rahmen des neuen IParl-Forschungsprojekts CandiData wird das Kandidatenangebot aller bei Wahlen zum Bundestag, zu den Landtagen und zum Europäischen Parlament antretenden Parteien im Längsschnitt untersucht.
2. Erste Analysen zeigen für den Zeitraum 2013 bis 2022 eine erstaunlich hohe Erneuerungsrate von durchschnittlich 60 Prozent. Das heißt, etwa sechs von zehn Kandidaten sind Neulinge, also vorher bei keiner Wahl angetreten.
3. Die Neuerungsrate schwankt allerdings je nach Wahl deutlich zwischen 31 und 83 Prozent.
4. Eine im Parteienvergleich eher geringe Erneuerungsquote weisen CDU und CSU aus. Für die AfD zeichnet sich im Längsschnitt eine deutliche Anpassung an die übrigen Parteien ab. Die nach der Parteigründung mehr und mehr zurückgehende Neulingsrate lässt sich auch mit der Zunahme an Amtsinhabern erklären.

Stehen auf dem Stimmzettel eigentlich stets nur dieselben Namen? Oder stellen sich auch immer wieder neue Personen dem Votum der Wählerinnen und Wähler? Und woher nehmen die Parteien eigentlich all die Kandidaten für Wahlen auf Bundes-, Landes- und europäischer Ebene? Bei der Landtagswahl in Niedersachsen im Oktober diesen Jahres beispielsweise standen insgesamt 757 Bewerberinnen und Bewerber zur Wahl. Es ist zu vermuten, dass ein erheblicher Teil der Kandidaten jeweils schon an der vorhergehenden Wahl teilgenommen hat und teilweise auch gewählt wurde (siehe Abschnitt 3). Dies würde die Erneuerung des Personalangebots deutlich einschränken. Dennoch gibt es einen Anteil an neuen Kandidaten, die das Personalangebot der Parteien bei jeder Wahl kontinuierlich auffrischen. Wie gut dies gelingt, ist eine der Forschungsfragen, die mithilfe des IParl-Projekts CandiData, das in diesem Blickpunkt vorgestellt wird, untersucht werden soll.

Parteien und Personalrekrutierung im Zeichen fortwährender Herausforderungen

Ohne Parteien gäbe es keine (oder kaum)¹ Kandidaten, und ohne Kandidaten gäbe es keine Wahlen. Parteien sind unersetzlich für das Funktionieren moderner parlamentarischer Demokratien, nicht zuletzt, weil sie den Wählerinnen und Wählern neben dem inhaltlichen auch ein personelles Angebot unterbreiten. Parteien fungieren damit als Quasi-Monopolisten bei der Rekrutierung politischen Personals. Diese Aufgabe gehört – neben der Interessenaggregation und -artikulation sowie der Wählermobilisierung und Politikformulierung – zu ihren Kernfunktionen.² Insbesondere auf vorderen Listenplätzen oder in sicheren Wahlkreisen stellen sie nur solche Kandidaten auf, die sie zuvor auf Herz und Nieren getestet haben. Zu den Leistungskriterien gehört nicht nur, dass man die „passende“ ideologische Grundorientierung mitbringt, sondern auch politisches Engagement und politische Fähigkeiten in einem weiten Sinne. Letztere umfassen unter anderem die Fähigkeit zur Mehrheitsorganisation, zum Kompromiss und generell zur politischen Führung. Erbracht wird der entsprechende Leistungsnachweis oftmals im Rahmen jahrelanger Bewährung in innerparteilichen (Leitungs-)Ämtern. Dieser im allgemeinen Sprachgebrauch oft geringschätzend als Ochsentour bezeichnete, langwierige Aufstieg in politische Entscheidungspositionen sorgt dafür, dass keine unbekannteren „Wundertüten“ aufgestellt werden, sondern Personen, denen man nachweislich vertraut und die Mandatsausübung zutraut.³ Gerade aufgrund ihrer dauerhaften Organisation können Parteien die Aufgabe der Personalrekrutierung daher gut gewährleisten.

Die Auswahlentscheidungen selbst fallen in Deutschland in hohem Maße dezentral.⁴ Die Wahlkreiskandidatinnen und -kandidaten werden durch die Parteiorganisation vor Ort, in der Regel also die dem Wahlkreis zugehörigen Kreis- und Ortsverbände nominiert. Die Aufstellung der Parteilisten erfolgt durch den jeweiligen Landesverband. Umfang und Länge der Auswahlprozesse variieren dabei sowohl zwischen als auch innerhalb der Parteien.⁵ Auch wenn Leitungsakteure wie etwa der Landesvorstand häufig Listenvorschläge unterbreiten und diesen Folge geleistet wird, darf das nicht als Diktat der Führung in Land und/oder Bund missverstanden werden. Vielmehr müssen mannigfaltige Interessen unter einen Hut gebracht und etliche innerparteiliche Gruppen (von der Jugend- bis zur Seniorenorganisation, vom Orts- bis zum Bezirksvorstand) bedacht werden. Angesichts der dabei zu berücksichtigenden, zum Teil auch satzungsmäßig festgeschriebenen

1 Parteilose Einzelbewerber haben bei Landtags-, Bundestags- und Europawahlen keine realistische Aussicht auf ein Mandat, siehe für Bundestagswahlen Christian Nestler, Einzelbewerber bei den Bundestagswahlen von 1949 bis 2013. Zahlreich, aber chancenlos, in: ZParl, 45. Jg. (2014), H. 4, S. 796 – 811.

2 Eine Legaldefinition der Aufgaben von Parteien findet sich in § 2 II des Parteiengesetzes: „Die Parteien wirken an der Bildung des politischen Willens des Volkes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens mit, indem sie insbesondere auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung Einfluss nehmen, die politische Bildung anregen und vertiefen, die aktive Teilnahme der Bürger am politischen Leben fördern, zur Übernahme öffentlicher Verantwortung befähigte Bürger heranbilden, sich durch Aufstellung von Bewerbern an den Wahlen in Bund, Ländern und Gemeinden beteiligen, auf die politische Entwicklung in Parlament und Regierung Einfluss nehmen, die von ihnen erarbeiteten politischen Ziele in den Prozess der staatlichen Willensbildung einführen und für eine ständige lebendige Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen sorgen.“

3 Vgl. Daniel Hellmann, Der mühselige Weg zum Mandat – aber welcher? Empirische Untersuchungen zu Inhalt und Bedeutung der Ochsentour, in: ZParl, 51. Jg. (2020), H. 1, S. 49 – 67.

4 Suzanne S. Schüttemeyer / Roland Sturm, Der Kandidat – das (fast) unbekannte Wesen. Befunde und Überlegungen zur Aufstellung der Bewerber zum Deutschen Bundestag, in: ZParl, 36. Jg. (2005), H. 3, S. 539 – 553; Klaus Detterbeck, Candidate Selection in Germany: Local and Regional Party Elites Still in Control?, in: American Behavioral Scientist, 60. Jg. (2016), H. 7, S. 837 – 852.

5 Vgl. Danny Schindler, In den „geheimen Gärten“ der Vorauswahl. Variationen der Listenaufstellung von CDU und SPD zum 19. Deutschen Bundestag, in: ZParl, 51. Jg. (2020), H. 1, S. 26 – 48.

Kriterien – den größten Einfluss haben die regionale Verteilung und das Geschlecht⁶ – ist der Handlungsspielraum der Leitungsebene in der Regel kleiner als vermutet. Letztere muss Folgebereitschaft durch kluge, das Gesamtinteresse im Blick behaltende und damit auch repräsentative Personalvorschläge herstellen und damit eine erhebliche Integrationsleistung erbringen.

Unter dem Strich erfüllen die Parteien eine demokratienotwendige Selektionsfunktion. Dabei sind sie allgemein und auch konkret mit Blick auf die Personalrekrutierung mit erheblichen, sich teilweise wechselseitig verstärkenden Herausforderungen konfrontiert. Zu diesen gehören unter anderem:

- die in den letzten drei Jahrzehnten drastisch gesunkenen Mitgliederzahlen⁷,
- die Konkurrenz durch soziale Protestbewegungen und Organisationen, die mittels Einzelthemen mobilisieren (etwa Fridays for Future oder ATTAC) und nicht – wesentlich anspruchsvoller – auf ein umfassendes Politikangebot zielen und
- eine in Teilen der Bevölkerung tiefsitzende Abneigung gegenüber Parteien, die durch Missverständnisse der Funktionsweise repräsentativer Demokratie⁸ ebenso genährt wird wie durch einzelne Skandale (zum Beispiel bei der Beschaffung von Corona-Masken 2021).

Einer Krise der Parteien und der Parteiendemokratie sollte man nicht leichtfertig das Wort reden. Richtig ist aber, dass die Parteien angesichts der Kombination „altbekannter“, wiederkehrender Kritik und neuerer, dynamischer Entwicklungen einem fortwährenden Belastungstest ausgesetzt sind. Dass sie ihre Personalrekrutierungsfunktion weiterhin zufriedenstellend erfüllen, ist keine ausgemachte Sache.

Personalrekrutierung in der Langzeit- und Mehrebenenperspektive – das CandiData-Projekt des Instituts für Parlamentarismusforschung

Diese Befunde und Annahmen sind der Ausgangspunkt des neuen IParl-Forschungsprojekts CandiData (Data on Candidates for Parliamentary Elections in Multi-level Germany across Time). Wie der Titel zeigt, handelt es sich um eine Langzeitanalyse des von den Parteien für Parlamentswahlen aufgestellten Kandidatenangebots. Dafür wurden bislang alle bei Landtags-, Bundestags- und Europawahlen seit 2013 nominierten Personen erfasst. Als Datenquelle wurden die Veröffentlichungen der Landeswahlleiter und statistischen Ämter, statistische Berichte und Amtsblätter verwendet. Weiter zurückreichende Erhebungen sind ebenso geplant wie eine Erweiterung des Datensatzes mit jeder neuen Wahl. Aktuell umfasst der Datensatz 32.587 Personen mit Name, Vorname, Titel, Geburtsdatum, Geschlecht, Beruf, Partei, Bundesland, Wahlkreis und Platzierung (Liste). Weitere Variablen, wie etwa Amtsinhaberschaft, werden im Lichte der jeweiligen Forschungsfrage ergänzt. Von Interesse sind im CandiData-Projekt vor allem folgende Fragestellungen:

- Wie stark erneuern Parteien ihr Personalangebot bei Parlamentswahlen? Anhand welcher Faktoren lassen sich entsprechende Entwicklungen erklären?
- Gibt es Wanderungsbewegungen zwischen den Aufstellungsebenen (Landtag, Bundestag, Europäisches Parlament)?
- Gibt es im Zeitverlauf Wanderungsbewegungen innerhalb einer Parteiliste (aufsteigend, absteigend, stagnierend) und wenn ja, wie lassen sich diese erklären?

⁶ Daniel Hellmann / Benjamin Höhne, Die formale Dimension der Kandidatenaufstellung: Satzungen im Parteien- und Zeitvergleich, in: ZParl, 51. Jg. (2020), H. 1, S. 3 – 25.

⁷ Oskar Niedermayer, Parteimitgliedschaften im Jahre 2021, in: ZParl, 53. Jg. (2022), H. 2, S. 382 – 408.

⁸ Werner J. Patzelt, Ein latenter Verfassungskonflikt? Die Deutschen und ihr parlamentarisches Regierungssystem, in: Politische Vierteljahresschrift, 39. Jg. (1998), H. 4, S. 725 – 757.

- Unterscheiden sich diese Wanderungsbewegungen nach soziodemografischen Merkmalen, etwa weil sich männliche Kandidaten anders als weibliche, alte anders als junge oder ostdeutsche anders als westdeutsche im Mehrebenensystem bewegen?
- Was sind maßgebliche Faktoren für aussichtsreiche Listennominierungen, also solche, bei denen mit einem Einzug ins Parlament gerechnet werden kann?
- Welche Unterschiede gibt es zwischen den Parteien und zwischen den Landesverbänden innerhalb einer Partei?
- Wie konstant oder variierend ist das Kandidatenangebot in so genannten Kleinstparteien ohne Aussicht auf Parlamentssitze (etwa Partei für Gesundheitsforschung, Mensch.Umwelt.Tierschutz, Menschliche Welt) oder in solch kleinen Parteien, die vereinzelt schon Mandate errungen haben (Piratenpartei, Die Partei, Volt)?

Als mögliche Erklärungsfaktoren für einzelne Entwicklungen werden sowohl institutionelle Merkmale einbezogen (beispielsweise die Ausgestaltung des Wahlsystems oder die Parlamentsgröße) als auch parteibezogene Aspekte (etwa Parteityp, vergangene Wahlerfolge, Regierungsstatus, Amtsinhaberanteil etc.). Der Datensatz wird außerdem fortlaufend um weitere Variablen erweitert.

Die Erneuerung der Parteien bei Bundestags- und Landtagswahlen

In einem ersten Schritt schaut dieser IParl-Blickpunkt auf die Erneuerungsrate der Parteien, verstanden als den Anteil der Neulinge unter allen Kandidaten bei Bundestags- und Landtagswahlen seit 2017. Als Neulinge werden dabei Personen aufgefasst, die vorher bei noch keiner Wahl angetreten sind. Dies gilt unabhängig vom Kandidatentyp: Eine Person, die in der Vergangenheit im Wahlkreis antrat, nun aber auf der Parteiliste, ist kein Neuling. Auch „Ebenenwechsler“, also beispielsweise Personen, die in der Vergangenheit bei einer Wahl zum Landtag oder Europäischem Parlament angetreten sind, jetzt aber für den Bundestag kandidieren, sind nach unserer Definition keine Kandidaturnovizen.

Für die Frage nach der Erneuerungsrate bei der Kandidatenaufstellung lassen sich folgende theoretische Annahmen treffen:

- Erstens wird davon ausgegangen, dass ein Mindestmaß an Auffrischung des Kandidatenangebots immer vorhanden ist – etwa weil Amtsinhaber ausscheiden oder die übrigen Kandidaten ihr parteipolitisches Engagement aus Alters- oder sonstigen Gründen reduzieren.
- Zweitens kann vermutet werden, dass ein gewisser Neulingsanteil auch im Interesse der Parteien liegt. In der Forschung zur Kandidatenaufstellung wurde die Erneuerungsrate etwa als Zeichen für die elektorale Responsivität der Parteien angesehen, also dafür, wie stark man fähig ist, neue gesellschaftliche und politische Entwicklungen auch im Personalangebot abzubilden.⁹ Dies liegt beispielsweise im Falle zurückliegender, deutlicher Wahlniederlagen nahe, die demnach vermehrt zu personellem Austausch führen sollten. Mehr noch lässt sich aber argumentieren, dass jener Austausch ein Zeichen der Erneuerung nach innen, in die Partei, ist, dass man aus vergangenen Fehlern gelernt und sich neu aufgestellt hat.¹⁰ Insofern bestehen äußere und innere Anreize, nicht immer mit denselben Kandidaten anzutreten.
- Drittens ist allerdings zu bedenken, dass Parteien keine rational-strategischen Akteure mit hierarchischer Spitze darstellen. Insofern sind ihre Fähigkeiten zur zielgerichteten Steuerung be-

⁹ Vesa Koskimaa / Mikko Mattila / Achillefs Papageorgiou / Åsa von Schoultz, Revamping the menu – or just offering what's in stock? Candidate list volatility in open-list PR systems. Evidence from Finland, in: *European Political Science Review*, 13. Jg. (2021), H. 4, S. 449 – 466.

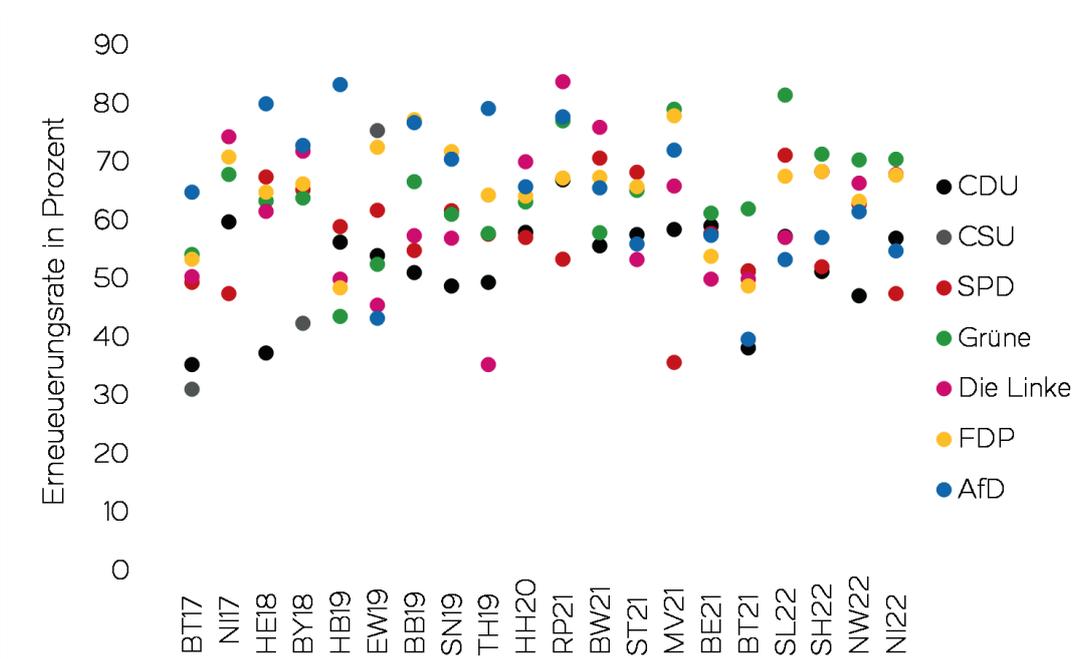
¹⁰ Dies gilt vor allem für die vorderen Listenplätze, da die Wählerinnen und Wähler in Deutschland sich bei der Stimmabgabe in erster Linie für Parteien und deren Spitzenpersonal entscheiden, während das gesamte Kandidatenangebot an der Wahlurne wohl keine Rolle spielt.

grenzt. Selbst wenn die Parteiführung eine Erneuerung des Kandidatenangebots beabsichtigte, kann diese schwerlich gelingen, wenn nicht vielfältige innerparteiliche Interessen sowie andere, wichtigere Auswahlkriterien berücksichtigt werden.

- Viertens wird jede Erneuerung beschränkt durch den in Deutschland wie auch in anderen Ländern hochwirksamen Amtsinhaberbonus – Parlamentarier werden regelmäßig wiedernominiert.¹¹
- Eine Gelegenheitsstruktur für Erneuerung bieten, fünftens, aber (lange) Parteilisten, da Neulinge hier jedenfalls auf den hinteren, nicht mandatsrelevanten Plätzen leichter aufgestellt werden können.

Im Lichte dieser Annahmen fällt die von uns ermittelte Erneuerungsrate empirisch eher hoch aus. Für den untersuchten Zeitraum 2013 bis 2022 liegt sie bei durchschnittlich 60,5 Prozent. Das heißt also, dass etwa sechs von zehn bei Landtags- und Bundestagswahlen nominierten Kandidaten zum allerersten Mal angetreten sind. Ein Anzeichen für den oft behaupteten Niedergang der Parteien ist das nicht. Im Gegenteil: Bei der Personalrekrutierung für Parlamentswahlen sind die Parteien auch angesichts der oben erwähnten Herausforderungen fähig zur Erneuerung. Ob der Austausch sich nur auf die hinteren Listenplätze und aussichtslosen Wahlkreise beschränkt, werden künftige Studien zeigen. Der Befund aber, dass durchschnittlich etwa 60 Prozent der Kandidaten erstmalig aufgestellt werden, zeugt von einer überraschend hohen Erneuerungsfähigkeit. Ausweislich der Abbildung existiert im betrachteten (wenngleich kurzen) Zeitraum offensichtlich auch kein Abwärtstrend für die im Bundestag vertretenen Parteien.

Abbildung 1: Der Neulingsanteil der Parteien bei Bundestags- und Landtagswahlen 2013 bis 2022



Quelle: CandiData-Projekt, IParl, N= 106.

¹¹ Albert Somit / Rudolf Wildenmann / Bernhard Boll / Andrea Römmele (Hrsg.), *The victorious incumbent. A threat to democracy?*, Aldershot, 1994.

Die für jede einzelne Wahl abgebildete Erneuerungsrate¹² schwankt in deutlichem Maße sowohl zwischen als auch innerhalb der Parteien. Extreme Beispiele sind etwa die Linkspartei in Thüringen 2019 und in Rheinland-Pfalz 2021, die 35 Prozent bzw. 84 Prozent an erstmals nominierten Kandidaten aufweist. Im Parteienvergleich findet sich eine eher geringe Erneuerungsquote bei den Unionsparteien. Die CSU stellt bei der Bundestagswahl 2017 den kleinsten Wert insgesamt (31 Prozent). Interessant sind auch die Werte für die AfD. Als neue Partei und gemäß ihrem Anspruch, wenig Wert auf Amtsinhaberansprüche zu legen, trat sie bei den meisten Wahlen 2017 bis 2019 mit dem größten Neulingsanteil an. Für die Wahlen 2021 und 2022 zeigt sich ein gegenteiliges Bild. Dies resultiert sicher auch aus den häufigen Erfolgen an der Wahlurne. Zunächst ohne Amtsinhaber gestartet, existieren mittlerweile viele AfD-Parlamentarier, die als Amtsinhaber wieder antreten wollen und offenbar auch wieder nominiert werden. Vorbehaltlich weiterer Untersuchungen kann diese Entwicklung als Lerneffekt gedeutet werden oder als Weg der Professionalisierung, den man in Abgrenzung zu den von der AfD als „etabliert“ bezeichneten Parteien immer ablehnte. Überraschend sind die zuletzt geringen Erneuerungsraten der AfD auch vor dem Hintergrund der mehrfachen Abspaltung mehrerer Gruppierungen, etwa die LKR (Liberal-Konservative Reformler) des Gründers Bernd Lucke, das Team Petry von Frauke Petry oder André Poggenburgs ADPM (Aufbruch deutscher Patrioten – Mitteldeutschland).

Dass die Parteien überhaupt eine derart hohe Erneuerungsrate vorweisen, steht prima facie im Widerspruch zum deutlichen Rückgang ihrer Mitgliederzahlen. Einzig die Grünen konnten seit 1990 insgesamt Mitglieder hinzugewinnen. CDU, SPD und FDP verloren jeweils knapp über 50 Prozent, die Linke gar 78 Prozent ihrer Mitglieder.¹³ Abbildung 2 stellt den Zusammenhang zwischen Mitgliederzahl und Erneuerungsrate auf Landesebene dar. Es ist deutlich zu sehen, dass auch kleine Landesverbände zu Wahlen einen beachtlich hohen Anteil an Neulingen aufweisen. Diese stellen oft nur kürzere Listen und weniger Wahlkreiskandidaten und somit insgesamt weniger Bewerberinnen und Bewerber für Wahlen auf. Dies schmälert die Leistung personeller Erneuerung allerdings nicht, da die Kandidatenzahl positiv mit der Erneuerungsrate korreliert.¹⁴

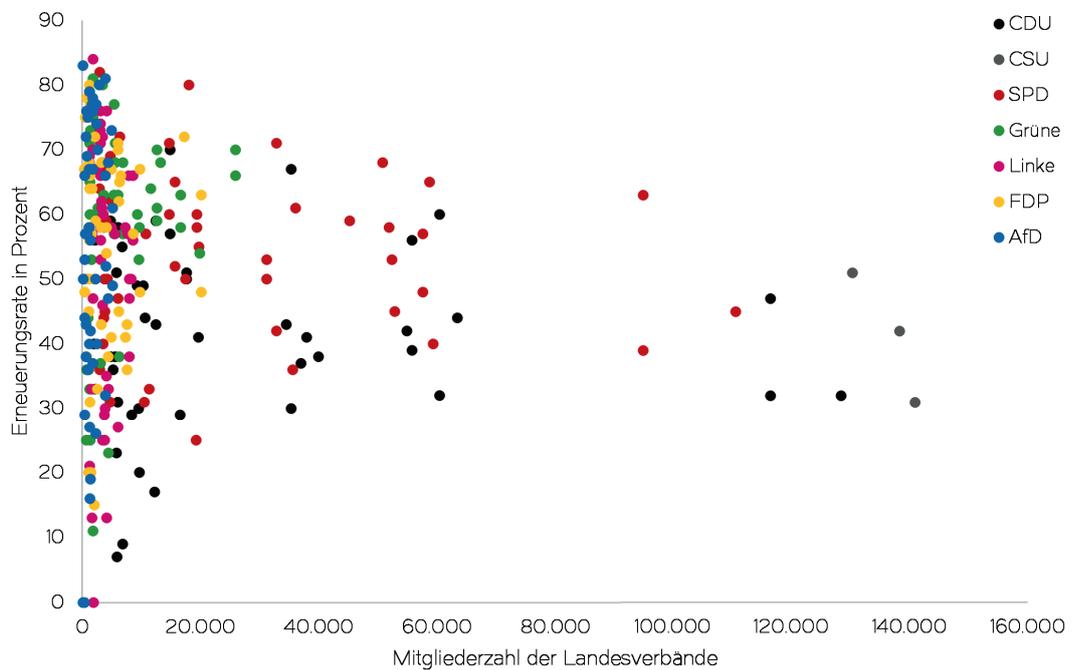
Diesen nicht vorhandenen Zusammenhang zwischen Erneuerungsrate und Parteimitgliederzahl kann man vermutlich darauf zurückführen, dass die Parteien selbst mit ihrem geschrumpften Personal noch genug Mitglieder haben, um problemlos Kandidaten aufzustellen. Denkbar ist auch, dass das Aktivitätsniveau angestiegen ist und der Anteil an Parteimitgliedern, die willens sind, Kandidaturen zu übernehmen, zugenommen hat. Auch hier wird die langfristige Erfassung durch das CandiData-Projekt helfen, ein klareres Bild zu zeichnen.

¹² Zur besseren Übersichtlichkeit sind für Bundestagswahlen die Durchschnittswerte für eine Partei angegeben und nicht die sechzehn (CDU und CSU separat) einzelnen Landesverbände. Aus diesem Grund unterscheidet sich das N in Abbildung 1 (N = 106) vom N in Abbildung 2 (N = 287).

¹³ Siehe Oskar Niedermayer, aa.O. (Fn. 7), S. 387.

¹⁴ Korrelation nach Pearson 0,32 bei einer zweiseitigen Signifikanz von 0,00.

Abbildung 2: Mitgliederzahl und Erneuerungsrate der Landesverbände der Parteien bei Bundestags- und Landtagswahlen 2013 bis 2022



Quelle: CandiData-Projekt, IParl, N = 287.

Anmerkung: Da für das Jahr 2022 noch keine abschließenden Mitgliederzahlen vorliegen, wurden näherungsweise die Zahlen für das Jahr 2021 verwendet.

Aussichtslose oder aufsteigende Kandidaturen? Offene Fragen für einen wachsenden Datensatz

Aus den hier vorgestellten ersten deskriptiven Analysen des CandiData-Projektes ist zu entnehmen, dass die Parteien in Deutschland ihr Kandidatenangebot bei Parlamentswahlen in hohem Maße erneuern, also etliche neue Gesichter für eine Nominierung gewinnen können. Dies mag überraschen angesichts wiederkehrender Abgesänge auf die Parteiendemokratie sowie eines deutlichen Mitgliederschwundes seit 1990. Umso wichtiger ist es, diesen Trend langfristig zu beobachten.

Wie im zweiten Abschnitt erläutert, existieren zahlreiche Forschungsfragen, die mit dem neuen Datensatz beantwortet werden sollen: (1) Belegen Neulinge auf den Parteilisten vor allem oder ausschließlich die hinteren Plätze ohne Aussicht auf einen Parlamentseinzug? (2) Begeben sie sich auf den Weg einer Mehrfachkandidatur, indem sie beim nächsten Mal wieder antreten, oder bleibt es bei der einmaligen Nominierungserfahrung?¹⁵ (3) Und was passiert eigentlich, wenn sie erneut kandidieren? Verbleiben sie beispielsweise auf mandatsirrelevanten Listenplätzen, oder gelingt ihnen ein sukzessiver Listenaufstieg? Die Kenntnisse, um diese Fragen zu beantworten und nach Erklärungen zu suchen, verbessern sich mit jeder weiteren Parlamentswahl.

15 Die insgesamt hohe Erneuerungsrate kann als Hinweis für viele Einmalkandidaturen gelesen werden.

Autoren



Daniel Hellmann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Parlamentarismusforschung und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Regierungslehre und Policyforschung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.



Dr. Danny Schindler ist stellvertretender Leiter des Instituts für Parlamentarismusforschung.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des Instituts für Parlamentarismusforschung dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

DOI: 10.36206/BP2022.09

Herausgeber

iparl

Institut für
Parlamentarismus-
forschung

Mauerstraße 83/84
10117 Berlin
info@iparl.de
@i_parl

www.iparl.de



STIFTUNG
Eine Einrichtung der Wissenschaft &
Demokratie

